

■ Mit der Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 wurde ein Problem gelöst, das Europa seit dem frühen 19. Jahrhundert immer wieder beschäftigt hat: die deutsche Frage. Sie konnte aber offenbar nur gelöst werden, indem die europäische Frage in Gestalt der „Finalität“ der EU offen blieb. Entgegen den ursprünglichen Bonner Vorstellungen wurde auf französisches Drängen die europäische Gemeinschaftswährung der Schaffung einer Politischen Union und damit auch einer Fiskalunion vorgezogen. Diese Entkoppelung gilt heute als Konstruktionsfehler des Euro. Das deutsche Insistieren auf einer Harmonisierung der Haushalts- und Wirtschaftspolitiken wird vielfach als hegemoniales Gebaren Berlins kritisiert. Haben wir es inzwischen mit einer neuen deutschen Frage zu tun – oder ist die europäische Frage weiterhin offen? ■

Heinrich August Winkler

Von der deutschen zur europäischen Frage

Gedanken zu einem Jahrhundertproblem

Eine Zeitlang schien es, als sei alles klar: Die Wiedervereinigung Deutschlands am 3. Oktober 1990 bedeutete die Lösung eines Jahrhundertproblems, der deutschen Frage. Mit dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zur Bundesrepublik Deutschland stand erstens fest, wo Deutschland lag, wo seine Grenzen verliefen, was dazu gehörte und was nicht. Zweitens war die alte Frage beantwortet, ob im Zweifelsfall der Freiheit oder der Einheit der Vorrang gebühre: Deutschland war in Frieden und Freiheit wiedervereinigt worden. Drittens war Deutschland kein Problem der europäischen Sicherheit mehr. Es gehörte als Ganzes der Europäischen Union und dem Atlantischen Bündnis an. Es war mithin supranational eingebunden, und zwar im westlichen Sinn. Ein deutsches Schwanken zwischen West und Ost wie zur Zeit der Weimarer Republik war nicht mehr zu erwarten.

Was den dritten Aspekt, die übernationale Einbindung, angeht, sind in den letzten Jahren, vor allem außerhalb Deutschlands, Zweifel aufgetaucht, auf die zurückzukommen sein wird. Zunächst möchte ich aber in einem ersten Schritt auf die Geschichte der deutschen Frage im 19. und 20. Jahrhundert eingehen, mich in einem zweiten dann dem historischen Ort der Wiedervereinigung zuwenden, um schließlich drittens zu erörtern, warum in jüngster Zeit verstärkt von einer Rückkehr der deutschen Frage, mitunter auch von einer neuen deutschen Frage, zu lesen ist und ob es nicht sinnvoller wäre, von einer offenen europäischen Frage zu sprechen.

I.

Ursache dafür, dass die deutsche Frage in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts das Licht der Welt erblickte, war die Auflösung des Alten Reiches, des Heiligen

Römischen Reiches Deutscher Nation, im Jahr 1806. Sie warf ein Problem auf, das einige Jahre später der 1815, also vor genau 200 Jahren, gegründete Deutsche Bund lösen sollte: Dem Staatenbund war von den deutschen Fürsten und freien Städten die Aufgabe zugeordnet, als gemeinsames Dach zu dienen – eine Konstruktion, die einen für wünschenswert gehaltenen losen Zusammenhalt zwischen ihnen ermöglichen sollte, ohne sie in der Ausübung ihrer souveränen Rechte über Gebühr zu beeinträchtigen.

Um den Deutschen Bund zu einem Erfolg zu machen, hätten drei Voraussetzungen erfüllt sein müssen: Zwischen den beiden deutschen Großmächten Österreich und Preußen wäre ein hohes Maß an wechselseitiger Rücksichtnahme notwendig gewesen; das sogenannte „dritte Deutschland“ oder die Trias, das heißt die Gesamtheit der Mittelstaaten, hätte einigermaßen einig auftreten müssen; der Deutsche Bund hätte den Freiheitsideen der Zeit angemessen Raum gewähren müssen. In dem halben Jahrhundert, in dem der Deutsche Bund, wenn auch mit einer Unterbrechung im Gefolge der Revolution von 1848/49, bestand, nämlich von 1815 bis 1866, waren die ersten beiden Bedingungen nur zeitweilig und seit 1850 mit abnehmender Tendenz gegeben, die dritte zu keiner Zeit¹.

Die Revolution von 1848/49 war das Ergebnis einer Bewegung gegen die Vorbehaltung von Freiheit und Einheit durch den Deutschen Bund und die deutschen Fürsten. Was sich die deutschen Liberalen und Demokraten vorgenommen hatten, war ein ehrgeizigeres Programm als das der französischen Revolutionäre von 1789. Diese fanden den Nationalstaat, den sie auf eine völlig neue gesellschaftliche Grundlage stellen wollten, schon vor. Für die „Achtundvierziger“ ging es darum, aus dem (noch näher zu definierenden) Deutschland zur gleichen Zeit einen Verfassungs- und einen Nationalstaat zu machen. Sie konnten gar nicht anders, als die Erreichung dieser beiden Ziele simultan anzustreben, aber eben dieses Junktum hat sie letztlich überfordert.

In der Frühphase der Revolution war es bei den Kräften der Bewegung unstrittig, dass die Einigung Deutschlands das deutschsprachige Österreich einschließen musste. Als sich seit Ende 1848 die Einsicht durchzusetzen begann, dass die Einheit sich nicht im großdeutschen, sondern nur im kleindeutschen Rahmen, also ohne Österreich und unter preußischer Führung, würde verwirklichen lassen, war es für diese bescheidenere Lösung schon zu spät: Die Gegenrevolution war inzwischen auch in Preußen so erstarkt, dass sich eine Einigung zwischen der Nationalversammlung in Frankfurt und dem Träger der Hohenzollernkrone als nicht mehr möglich erwies².

¹ Das Vorstehende einschränkend zur Darstellung der Auflösung des Alten Reiches bei Wolfgang Burgdorf, *Ein Weltbild verliert seine Welt. Der Untergang des Alten Reiches und die Generation 1806*, München 2006, und der *Geschichte des Deutschen Bundes bei Jürgen Müller*, *Deutscher Bund und deutsche Nation 1848–1866*, Göttingen 2005. – Der Text ist die erweiterte Fassung der Munich History Lecture, die der Verfasser am 26. 1. 2015 an der Ludwig-Maximilians-Universität München gehalten hat. Im Hinblick auf den Vortragscharakter sind die Anmerkungen auf ein Mindestmaß beschränkt.

² Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 1: *Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik*, München 2010, S. 99 ff.

Otto von Bismarcks kleindeutsche Lösung der deutschen Frage in den Jahren 1864 bis 1871, eine klassische „Revolution von oben“, beantwortete die Einheitsfrage von 1848 im preußischen Sinn. Die Freiheitsforderung der Liberalen aber wurde mit der Reichsgründung nur zum kleinen Teil erfüllt. Im Deutschen Reich von 1871 gab es zwar, wie zuvor seit 1867 im Norddeutschen Bund, ein kräftiges Stück Demokratie in Gestalt des allgemeinen gleichen Wahlrechts für Männer, und so gesehen war das damalige Deutschland sogar fortschrittlicher als liberale Mustermonarchien wie Großbritannien und Belgien. Aber von einer parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierung konnte keine Rede sein. Die Parlamentarisierung kam erst im Schatten der militärischen Niederlage Deutschlands im Ersten Weltkrieg in Form der „Oktoberreform“ von 1918: eine schwere Vorbelastung der ersten deutschen Demokratie, der Republik von Weimar.

Die Debatte über den Ausbruch des Ersten Weltkriegs, die anlässlich der 100. Wiederkehr der „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts 2014 einen neuen Höhepunkt erreichte, ist in Deutschland ganz überwiegend in einer verengten diplomatiegeschichtlichen Perspektive geführt worden. In den beiden in Deutschland erfolgreichsten Darstellungen, dem Buch „Die Schlafwandler“ von Christopher Clark und dem „Großen Krieg“ von Herfried Münkler, wird zwar ausgiebig von den Motiven der wichtigsten zivilen und militärischen Akteure, aber kaum je von den politischen Systemen und den Gesellschaften der beteiligten Großmächte gesprochen. Was es bedeutete, dass in Deutschland der Reichskanzler nicht dem Reichstag, sondern dem Kaiser verantwortlich war und die militärische Kommandogewalt des preußischen Königs nicht der ministeriellen Gegenzeichnung bedurfte, wird weder bei Clark noch bei Münkler herausgearbeitet. Die unvermeidbare Konsequenz dieses methodischen Ansatzes ist die Ausblendung beziehungsweise Unterschätzung des Phänomens „deutscher Militarismus“³.

Das gesellschaftliche Einzugsfeld der deutschen „Kriegspartei“ war ungewöhnlich breit, ihr politischer Rückhalt stärker als in irgendeinem anderen Land des alten Okzidents. Je mehr die Sozialdemokraten bei Reichstagswahlen an Stimmen gewannen, desto lauter wurden die Rufe von rechts nach einem Krieg als Ausweg aus der innenpolitischen Krise. „In weiten Kreisen herrscht die Überzeugung, daß ein Krieg nur vorteilhaft sein kann, indem unsere prekäre politische Lage geklärt und die Gesundung vieler politischer und sozialer Zustände herbeigeführt würde“, hieß es beispielsweise am 26. August 1911 in der freikonservativen *Post*⁴. Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg erteilte solchen Forderungen und der zugrunde liegenden Lagebeurteilung bis in den Juni 1914 hinein zwar eine klare Absage. Als er sich nach dem Attentat von Sarajewo dem Drängen des Militärs auf einen Präventivkrieg beugte, tat er aber, was der militärische und der zivile Flügel der Kriegspartei von ihm erwarteten. Ohne auf deren politische Vorarbeit einzugehen, lässt sich Deutschlands Weg in den Ersten Weltkrieg nicht

³ Vgl. Christopher Clark, *Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog* (engl. Orig. London 2012), München 2013; Herfried Münkler, *Der Große Krieg. Die Welt 1914–1918*, Berlin 2013.

⁴ Zit. aus einer Reichstagsrede von August Bebel vom 9. 11. 1911 bei Winkler, Weg, Bd. 1, S. 316.

angemessen darstellen und die Frage nach dem deutschen Anteil am Kriegsausbruch nicht umfassend beantworten.

Soweit der Erste Weltkrieg ein Krieg der Ideologien war und seit 1917, dem Jahr von zwei russischen Revolutionen und dem Kriegseintritt der USA, immer mehr zu einem solchen wurde, führten ihn deutsche Intellektuelle als Kampf der „Ideen von 1914“, mit Parolen wie Volksgemeinschaft, starker Staat und „deutscher Sozialismus“, gegen die Ideen von 1789, also Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, mithin in einer eindeutig antiwestlichen Ausrichtung. Die Einführung der parlamentarischen Monarchie im Oktober 1918, von der Rechten von Anfang an scharf befehdet, war bekanntlich nur der Auftakt zu einem kurzen Intermezzo. Da die militärische Führung den Regimewechsel sabotierte, folgte der „Revolution von oben“ die „Revolution von unten“ auf dem Fuße. Zu einer klassischen Revolution aber konnte die deutsche Revolution von 1918/19 nicht werden. Dazu war Deutschland dank der Erfahrungen mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht für Männer schon zu demokratisch. Im Vordergrund stand infolgedessen der Ruf nach *mehr* Demokratie: nach dem Frauenwahlrecht, der Demokratisierung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, Kreisen und Gemeinden, nach der vollen parlamentarischen Verantwortlichkeit der Regierungen auf Reichs- wie auf Einzelstaatsebene.

Der antidemokratischen Rechten der Weimarer Republik bot die Gründungskonstellation von 1918/19, das Zusammentreffen von Parlamentarisierung und Niederlage, die Chance, die neue Regierungsform, eine westliche Demokratie, als Folge eines Täuschungsversuchs der Siegermächte und von Verrat an nationalen Traditionen, kurz als „undeutsch“ zu brandmarken. Nachdem Weimar als parlamentarische Demokratie 1930 gescheitert und Deutschland zu einem halbautoritären Präsidialregime übergegangen war, wurde Adolf Hitler zum Hauptnutznießer der ungleichzeitigen Demokratisierung des Kaiserreichs, der frühen Einführung eines demokratischen Wahlrechts und der späten Parlamentarisierung des Regierungssystems: Er konnte fortan nicht nur an die verbreiteten Resentiments gegenüber der westlichen Demokratie appellieren, sondern auch an den seit Bismarcks Zeiten verbrieften Teilhabeanspruch des Volkes, der unter den Präsidialregierungen der späten Weimarer Republik zunehmend ins Leere lief. Es war nicht zuletzt diese pseudodemokratische Stoßrichtung von Hitlers Kampagnen, die den Aufstieg der Nationalsozialisten zur stärksten deutschen Partei zu erklären vermag.

Die Herrschaft des Nationalsozialismus war der Gipfel der deutschen Auflehnung gegen das normative Projekt des Westens, die politischen Ideen der Amerikanischen Revolution von 1776 und der Französischen Revolution von 1789. Was den deutschen Fall aus westlicher Sicht so singulär erscheinen ließ, war, so paradox es klingt, die westliche Prägung Deutschlands. Deutschland war ein Teil des alten Okzidents oder des lateinischen Europa. Es hatte die mittelalterlichen Gewaltenteilungsprozesse in Gestalt der ansatzweisen Trennung von geistlicher und weltlicher sowie von fürstlicher und ständischer Gewalt mitvollzogen. Es hatte an den großen Emanzipationsprozessen der frühen Neuzeit vom Humanismus über die Reformation bis zur Aufklärung teilgehabt und sie mitgeformt. Wichtigen po-

litischen Konsequenzen der Aufklärung wie den Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der Volkssouveränität und der repräsentativen Demokratie hatten sich die alten deutschen Eliten aber verweigert und diesen Gegensatz seit dem Ersten Weltkrieg zur offenen Feindschaft gegenüber dem Westen gesteigert.

Es bedurfte der zweiten, diesmal totalen Niederlage Deutschlands im 20. Jahrhundert und des Untergangs des von Bismarck gegründeten Deutschen Reiches, um nach 1945 ein gründliches Umdenken in Gang zu setzen. Im westlichen Teil Deutschlands, der späteren Bundesrepublik, entstand eine zweite, diesmal funktionstüchtige, abwehrbereite, parlamentarische Demokratie. Die „vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens“, von der Jürgen Habermas 1986 auf dem Höhepunkt des „Historikerstreits“ um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung sprach⁵, war das Ergebnis langwieriger Lern- und Diskussionsprozesse. In der diskursfreien Herrschaft im anderen Teil Deutschlands war eine solche Aneignung westlicher Errungenschaften bis zur friedlichen Revolution von 1989 nicht möglich. Als sich nach dem Fall der Berliner Mauer die politischen Bedingungen in der DDR radikal änderten, konnte der Osten diese Entwicklung nachvollziehen.

II.

Die Frage, ob sie im Zweifelsfall der Einheit oder der Freiheit den Vorzug geben würde, hat sich der Bundesrepublik nie konkret gestellt – auch nicht, als Stalin 1952 in legendären Noten an die Westmächte die Option eines neutralen Gesamtdeutschland ins Gespräch brachte⁶. In der Logik von Adenauers Politik der Westintegration lag freilich der unbedingte Primat der Freiheit. Drei Jahre später, im August 1955, wurden repräsentativ ausgewählte Bundesbürger gefragt, ob Adenauer ein hypothetisches sowjetisches Angebot, die Wiedervereinigung Deutschlands mit freien Wahlen gegen den endgültigen Verzicht auf Schlesien, Pommern und Ostpreußen, annehmen solle oder nicht. Zwei Drittel (67 Prozent) sprachen sich für Ablehnung und nur ein Zehntel (10 Prozent) für Annahme aus⁷. Eine Wiedervereinigung in den Grenzen von 1945 wäre, so muss man folgern, mit einer großen Gefahr verbunden gewesen: einem radikalen Nationalismus, der schon einmal, nach 1918, zur Zerstörung einer deutschen Demokratie beigetragen hatte.

Als Bundeskanzler Willy Brandt im Dezember 1970 in der polnischen Hauptstadt den Warschauer Vertrag unterzeichnete, in dem Polen und die Bundesrepublik feststellten, dass die Oder-Neiße-Linie die westliche Grenze Polens bilde und beide Staaten keine Gebietsansprüche gegeneinander hätten, hatte sich die öf-

⁵ Jürgen Habermas, Eine Art Schadensabwicklung, in: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München 1987, S. 62–76, hier S. 75.

⁶ Vgl. Peter Ruggenthaler (Hrsg.), Stalins großer Bluff. Die Geschichte der Stalin-Note in Dokumenten der sowjetischen Führung, München 2007.

⁷ Jahrbuch der öffentlichen Meinung (1958–1964), hrsg. von Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann, Bonn 1965, S. 323.

fentliche Meinung im Westen Deutschlands bereits deutlich gewandelt. Einer Umfrage vom März 1970 zufolge waren nunmehr 58 Prozent der Bundesbürger für die endgültige Hinnahme der Grenze und nur noch 25 Prozent dagegen⁸.

Nach dem Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 kehrte die deutsche Frage auf die Tagesordnung der internationalen Politik zurück. Der Feststellung, dass eine Wiedervereinigung nur innerhalb der Grenzen von 1945 möglich war, traten nur noch einige Bundestagsabgeordnete aus den Reihen des Bundes der Vertriebenen entgegen. Nach viereinhalb Jahrzehnten hatte die Teilung Deutschlands zuwege gebracht, was lange undenkbar erschienen war: Die Deutschen akzeptierten klaglos den definitiven Verlust von weitaus mehr als einem Viertel des Territoriums, das 1937 zum Deutschen Reich gehört hatte.

Soweit die deutsche Frage eine Grenzfrage war, konnte sie also nur simultan mit der Lösung eines anderen Jahrhundertproblems gelöst werden: der polnischen Frage. Ebendies geschah durch den Zwei-plus-Vier-Vertrag, der am 12. September 1990 in Moskau unterzeichnet wurde, und den zwei Monate später, am 14. November 1990, in Warschau unterzeichneten deutsch-polnischen Grenzvertrag. Die Lösungen der deutschen und der polnischen Frage waren aber auch auf andere Weise miteinander verzahnt. Wenn es einen genau datierbaren Anfang der friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa gibt, dann wurde er in Polen gesetzt: am 6. Februar 1989 mit dem Beginn der Verhandlungen am Runden Tisch zwischen der Partei- und Staatsführung auf der einen und den Vertretern der offiziell noch verbotenen Gewerkschaft „Solidarność“ auf der anderen Seite. Auch die Vorgeschichte der welthistorischen Umwälzung von 1989 nahm in Polen ihren Anfang: Es war die Gründung von „Solidarność“ in der Danziger Leninwerft im August 1980. Ohne die polnische Selbstbefreiung keine friedliche Revolution in der DDR und keine Wiedervereinigung: Dem politischen Bewusstsein der Deutschen hat sich dieser historische Zusammenhang bisher noch viel zu wenig eingeprägt⁹.

Was die innere Seite des deutsch-deutschen Einigungsprozesses anging, setzte sich Anfang 1990 in der Bundesrepublik die Einsicht durch, dass die zweckmäßigste, weil am schnellsten zu verwirklichende Lösung ein Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes war. Die Alternative, der Weg über Artikel 146, eine Volksabstimmung über eine gesamtdeutsche Verfassung, wäre ebenso zeitraubend wie riskant gewesen. Niemand wusste, wie lange der kompromissbereite Michail Gorbatschow sich in Moskau an der Macht würde behaupten können. Zudem verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der DDR, was sich in anhaltend hohen Zahlen von Übersiedlern niederschlug und die Gefahr gewaltsamer Proteste in sich barg. Und schließlich hatten die Befürworter eines zeitlich gestreckten Einigungsprozesses offenkundig die Mehrheit der Ostdeutschen gegen sich. Die erste (und letzte) freie Volkskammerwahl am 18. März 1990 brachte dann auch einen

⁸ Dies., *Jahrbuch der öffentlichen Meinung (1968–1973)*, Bonn 1974, S. 525.

⁹ Vgl. Heinrich August Winkler, *Polnische Befreiung und deutsche Vereinigung. Der mühsame Weg zur Lösung von zwei Jahrhundertfragen*, in: Ders., *Auf ewig in Hitlers Schatten? Über die Deutschen und ihre Geschichte*, München 2007, S. 154–167.

eindeutigen Sieg der Parteien, die den raschen Beitritt zur Bundesrepublik forderten. Damit war die Frage beantwortet, in welchem verfassungsrechtlichen Rahmen die alte Parole „Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit“ verwirklicht werden würde.

Das schwierigste Problem, das vor der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gelöst werden musste, war der künftige militärische Status des Landes: eine Frage von grundlegender Bedeutung für die gesamte europäische Sicherheitsstruktur. Das grundsätzliche Ja zur deutschen Einheit, das Gorbatschow in den ersten beiden Monaten des Jahres 1990 ausgesprochen hatte, bedeutete noch nicht, dass die Sowjetunion bereit war, die westliche Forderung zu erfüllen, dass ganz Deutschland dem Atlantischen Bündnis angehören müsse. Erst anlässlich eines Besuches in Washington stimmte Gorbatschow am 31. Mai 1990 der These seines Gastgebers, des amerikanischen Präsidenten George H.W. Bush, zu, dass die Deutschen selbst über die Frage der Bündnismitgliedschaft entscheiden sollten.

Die Zugeständnisse, die die Sowjetunion dem Westen in Sachen der deutschen Zugehörigkeit zur NATO abhandeln konnte, betrafen das Territorium der künftigen neuen Bundesländer. Dort sollten ausländische Streitkräfte und Atomwaffen weder stationiert noch dorthin verlegt werden. Ein westliches Versprechen, dass die NATO sich nicht nach Osten ausdehnen werde, hat es aber, entgegen einer später von russischer Seite verbreiteten und auch in Deutschland oft zu hörenden Behauptung, nicht gegeben¹⁰. Eine militärisch und wirtschaftlich stärkere Sowjetunion hätte sich niemals auf eine Lösung der deutschen (und europäischen) Sicherheitsfrage zu westlichen Bedingungen eingelassen. Doch den vielbeschworenen „Wettkampf der Systeme“ hatte Moskau inzwischen auf allen Ebenen verloren. Das wussten Gorbatschow und sein Außenminister Eduard Schewardnadse. Deswegen und weil sie auf westliche und zumal deutsche Wirtschaftshilfe dringend angewiesen waren, agierten sie im Sommer 1990 so, wie sie es taten.

Der zeitgenössischen Öffentlichkeit weniger eingepreßt haben sich die Wirkungen, die schon die bloße Aussicht auf die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf den europäischen Einigungsprozess hatte. Auf die Schaffung einer gemeinsamen Währung hatte sich der Europäische Rat auf dem Madrider Gipfel vom Juni 1989, also noch vor dem Mauerfall, verbindlich festgelegt. Für die Bundesregierung gab es zu dieser Zeit keinen Zweifel, dass Währungsunion und Politische Union unlösbar zusammengehörten: Die gemeinsame Währung sollte als

¹⁰ Zu gewissen Schwankungen in den Bonner und Washingtoner Positionen im Hinblick auf eine Erweiterung der NATO-Gebiets im Januar/Februar 1990 vgl. Mark Kramer, *The Myth of a No-NATO-Enlargement Pledge to Russia: The Washington Quarterly* 32 (2009), No. 2 (April), S. 39–61; Kristina Spohr, *Precluded or Precedent-Setting? The “NATO Enlargement Question” in the Triangular Bonn-Washington-Moscow Diplomacy of 1990–91*, in: *Journal of Cold War Studies* 14 (2012), No. 4 (Fall), S. 4–54; Mary Elise Sarotte, “Not One Inch Eastward”? Bush, Baker, Kohl, Genscher, Gorbachev, and the Origin of Russian Resentment toward NATO Enlargement in February 1990, in: *Diplomatic History* 34 (2010), No. 1 (January), S. 119–140; Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 3: Vom Kalten Krieg zum Mauerfall, München 2014, S. 1028 ff.

Vehikel der politischen Einigung Westeuropas dienen. Doch der französische Staatspräsident François Mitterrand setzte seit Ende 1989 auf eine Entkoppelung dieser Ziele: Die Währungsunion sollte vorgezogen werden, um zu verhindern, dass ein wiedervereinigtes Deutschland, gestützt auf die Deutsche Mark, zum europäischen Hegemon aufsteigen konnte.

Bundeskanzler Helmut Kohl lag alles daran, die deutsche Einheit nicht mit der Hypothek eines deutsch-französischen Zerwürfnisses zu belasten. Deswegen ließ er sich auf eine Lockerung des bisherigen deutschen Junktims ein – zunächst in der Form, dass über die Politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion in getrennten Regierungskonferenzen beraten werde. Das Ergebnis des Ringens war der im Februar 1992 unterzeichnete Vertrag von Maastricht. Den Zusammenhang zwischen diesem Vertrag und der deutschen Wiedervereinigung hat Andreas Rödder prägnant zusammengefasst: „Alles in allem hatte die Bundesregierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion zugestimmt, ohne vergleichbare Konzessionen für das eigene Ziel der Politischen Union zu gewinnen, deren Gestalt freilich – mit Ausnahme gestärkter Rechte für Parlament und Kommission – nie klar umrissen worden und dementsprechend wenig absehbar war. Insofern lässt sich sagen, dass die konkrete Zustimmung zum entscheidenden Schritt hin zur europäischen Währungsunion eine deutsche Konzession an Frankreich während des Wiedervereinigungsprozesses darstellte.“¹¹

Die Schaffung einer Währungsunion ohne gleichzeitige Bildung einer Fiskal- und Politischen Union gilt heute, nach den Erfahrungen der Weltfinanz- und Staatsschuldenkrise seit 2008, als der entscheidende Konstruktionsfehler des Euro. Mitterrands Erwartung, das Aufgehen der DM in einer europäischen Währung werde das Gewicht eines vereinten Deutschland innerhalb der Europäischen Union mindern, hat sich nicht erfüllt. Aus der Sicht der ersten Jahre nach 1989 aber sprach alles für deutsche Vorleistungen auf dem Weg zu einem einigeren Europa. Einem nationalistischen Deutschland wäre es nie gelungen, seine Einheit im Einvernehmen mit den einstigen „Großen Vier“ und den europäischen Nachbarn wiederherzustellen. Der Verzicht auf klassische Hoheitsrechte wie die nationale Währung fügte sich gut zu der Absicht, der Welt ein neues, ein europäisches Deutschland zu präsentieren.

Die alte Bundesrepublik hat Karl Dietrich Bracher erstmals 1976 als „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“ bezeichnet¹². Das wiedervereinigte Deutschland *ist* ein Nationalstaat, aber, anders als das Deutsche Reich, keiner der klassischen Art. Wie alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union gehört die größer gewordene Bundesrepublik zum Typ der postklassischen Nationalstaaten, die sich dadurch auszeichnen, dass sie Teile ihrer Hoheitsrechte gemeinsam ausüben

¹¹ Andreas Rödder, Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009, S. 269 f.

¹² Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1976, S. 544 (Nachwort zur 5. Auflage); vgl. ders., Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: Ders. u. a., Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 285–406, hier S. 405 f.

oder auf supranationale Einrichtungen übertragen. Den Staatenverbund der Europäischen Union auf eine klare Finalität festzulegen, ist weder 1990 gelungen noch seither. Im Rückblick spricht alles für die These, dass die deutsche Frage damals nur gelöst werden konnte, indem man die europäische Frage offen ließ.

III.

Der Fall der Mauer hatte auch im Westen keineswegs nur Freude ausgelöst. Mitterrand stand mit seinen Sorgen über eine neue deutsche Machtzusammenballung in Mitteleuropa durchaus nicht allein. Die britische Premierministerin Margaret Thatcher war noch weit stärker beunruhigt als der französische Staatspräsident. Bereits zehn Tage vor dem historischen Ereignis in Berlin, am 31. Oktober 1989, war in der „Times“ ein Artikel des irischen Historikers und Journalisten Conor Cruise O'Brien mit der Überschrift „Beware a Reich Resurging“ erschienen. Darin hieß es, ein „Viertes Reich“, wenn es denn komme, werde eine natürliche Tendenz haben, seinem Vorgänger ähnlich zu sein. Die Premierministerin selbst warnte im Februar 1990 in der „Sunday Times“, Europa gehe durch die Vereinigung Deutschlands auf einen „enormous upheaval“ zu¹³.

Die internationale Einbettung der deutschen Einheit trug ebenso wie die europafreundliche Politik der Regierung Kohl dazu bei, die Vorbehalte gegenüber dem gewachsenen Gewicht der Bundesrepublik rasch wieder abzubauen. Doch ein gewisses Misstrauen blieb. Als der Vorsitzende der Österreichischen Volkspartei, Wolfgang Schüssel, im Februar 2000 eine Koalitionsregierung mit der weit rechts stehenden, vielfach als „großdeutsch“ wahrgenommenen Freiheitlichen Partei Österreichs unter dem Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider bildete, erregte der französische Soziologe Emmanuel Todd mit der These Aufsehen, nun sei die deutsche Frage wieder offen¹⁴. Die Sanktionen, die die EU auf französisches Drängen gegen Wien verhängte, waren vor dem Hintergrund solcher Einschätzungen zu sehen.

Von einer neuen deutschen Frage sprach 2004 auch der amerikanische Politikwissenschaftler Stephen J. Szabo anlässlich des Neins, das die rot-grüne Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer dem Irakkrieg von 2003 entgegenstellte¹⁵. Doch damit stand Deutschland nicht allein. Das Non des französischen Staatspräsidenten Jacques Chirac war nicht weniger entschieden und für die USA schon deswegen von größerem Gewicht als die deutsche Verweigerung, weil Frankreich als Ständiges Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen Washington mit einem Veto gegen amerikanische beziehungsweise amerikanisch-britische Entschließungsanträge drohen konnte.

¹³ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung, München 2010, S. 575 f.

¹⁴ Vgl. Die deutsche Frage ist wieder offen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 26. 2. 2000; Edgar Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013, S. 528 ff.

¹⁵ Vgl. Stephen F. Szabo, *Parting Ways? The Crisis in German-American Relations*, Washington D. C. 2004, S. 149 ff.

Knapp ein Jahrzehnt später wurden erneut Stimmen laut, die sich kritisch mit der Macht und dem Machtverständnis Deutschlands auseinandersetzten. Eines der auslösenden Momente dieser Debatte war die Rolle Berlins bei der Bewältigung der internationalen Schuldenkrise. Deutschland war dank der Reformen im Zeichen der rot-grünen „Agenda 2010“ gestärkt aus den Erschütterungen der Weltwirtschaft seit 2008 hervorgegangen und band seine Bereitschaft, den Krisenländern innerhalb der Eurozone zu helfen, in Übereinstimmung mit der Europäischen Kommission an die Einleitung durchgreifender Strukturreformen in den betroffenen Ländern. Nicht nur dort, sondern auch in den USA, in Großbritannien und Frankreich wurde diese Position mit dem Vorwurf quittiert, die Deutschen ließen sich von ihrem Inflationstrauma zu einer Deflationspolitik zu Lasten Dritter verleiten und fügten damit Europa und der Weltwirtschaft schweren Schaden zu.

Dazu kam immer häufiger die Unterstellung, Deutschland gehe es mit seinem harten Stabilitätskurs letztlich darum, ein „Deutsches Reich mit der Peripherie als Hinterland (a German empire with the periphery as the hinterland)“ zu schaffen – eine plakative Formel des Finanzmagnaten George Soros¹⁶. Der britische Historiker und Publizist Timothy Garton Ash, alles andere als ein Gegner Deutschlands, sprach im Sommer 2013 von der „neuen deutschen Frage“ und gab damit seinem irischen Kollegen Brendan Simms den Anstoß, seinerseits von einem „Zeitalter der ‚neuen deutschen Frage‘“ zu sprechen¹⁷.

Die Kritik am deutschen Junktum von Hilfe und Selbsthilfe wurde leiser, als erste Reformfolge als Belege für die Richtigkeit dieses Ansatzes gedeutet werden konnten. Schwerer zu entkräften war und ist eine andere Kritik am deutschen Umgang mit wirtschaftlicher und politischer Macht. Am 17. März 2011, auf dem Höhepunkt des libyschen Bürgerkriegs, stimmte der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über einen Antrag der USA, Großbritanniens und Frankreichs ab, in dem es um die Abwehr eines drohenden Gemetzels libyscher Regierungstruppen unter den Verteidigern von Bengasi ging. Zusammen mit Russland und China gehörte Deutschland zu den Mächten, die sich der Stimme enthielten: ein in der Geschichte der Bundesrepublik einmaliger Akt außenpolitischer Selbstmarginalisierung, der scharfe Kritik seitens der Vereinigten Staaten und der westeuropäischen Verbündeten Deutschlands auslöste¹⁸. Die deutsche Berufung auf die bewährte „Kultur der Zurückhaltung“ auf militärischem Gebiet – eine auf den Außenminister der Jahre 1992 bis 1998, Klaus Kinkel, zurückgehende Formel¹⁹ –

¹⁶ George Soros, Remarks delivered at the Festival of Economics, Trento, Italy, 2.6.2012, in: <http://www.George.soros.com./interviews-speeches/entry/remarks-at-the-festival-of-economics-Trento-Italy/>.

¹⁷ Timothy Garton Ash, *The New German Question*, in: *The New York Review of Books* vom 15.8.2013; Brendan Simms, *Kampf um Vorherrschaft. Eine deutsche Geschichte 1453 bis heute* (engl. Orig. London 2013), München 2014, S. 20 (Vorwort zur deutschen Ausgabe).

¹⁸ Vgl. Andreas Rinke, *Eingreifen oder nicht? Warum sich die Bundesrepublik in der Libyen-Frage enthielt*, in: *Internationale Politik* 66 (2011), Nr. 5 (Juli/August), S. 44–52.

¹⁹ *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 12. Wahlperiode, Bd. 175, S. 21165–21169 (Klaus Kinkel, 22.7.1994).

wurde als Flucht aus der Verantwortung zurückgewiesen. Es war ein Vorwurf, der im konkreten Fall nicht der Berechtigung entbehrte und auch von vielen deutschen Kommentatoren erhoben wurde.

Was im Westen vielfach als neuer, diesmal pazifistischer „deutscher Sonderweg“ verstanden wird, hat nicht nur mit den Erfahrungen der viereinhalb Jahrzehnte zu tun, in denen Deutschland beziehungsweise die beiden deutschen Staaten nicht voll souverän gewesen waren und die oberste Sicherheitsverantwortung bei den Alliierten gelegen hatte. Hinzu kommt eine ebenso verbreitete wie umstrittene Folgerung aus der deutschen Geschichte der Jahre 1933 bis 1945 und vor allem des Zweiten Weltkriegs: die Auffassung, dass Deutschland infolge der nationalsozialistischen Verbrechen gegen die Menschlichkeit jenseits der reinen Landes- und Bündnisverteidigung zu einer Politik des unbedingten Gewaltverzichts, also auch der Nichtbeteiligung an humanitären Einsätzen der Völkergemeinschaft, verpflichtet sei. Entsprechend wurde seitens der Mehrheit der SPD und der Grünen 1995 anlässlich der Debatten über einen Beitrag der Bundeswehr zum Schutz der Zivilbevölkerung in Bosnien-Herzegowina argumentiert, wobei auch der Hinweis auf die Lehren aus dem Holocaust nicht fehlte²⁰.

Drei Jahre später, kurz nach der für Sozialdemokraten und Grüne so erfolgreichen Bundestagswahl von 1998, stimmten beide Parteien einer anderen humanitären Intervention, dem Einsatz der NATO im Kosovo, zu. Einen Rekurs auf Auschwitz gab es auch diesmal, aber jetzt im Sinne der Pflicht, schwersten Menschenrechtsverletzungen nicht tatenlos zuzusehen²¹. Seitdem sind Berufungen auf die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg und besonders den Judenmord seltener geworden, und dafür gibt es gute Gründe. Denn jede Instrumentalisierung des Holocaust für tagespolitische Zwecke ist mit der Gefahr seiner Banalisierung verbunden. Das gilt vor allem für den Versuch, aus der Singularität der nationalsozialistischen Menschheitsverbrechen ein Recht auf Wegsehen gegenüber anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit abzuleiten – eine Politik, mit der sich Deutschland von allen anderen westlichen Demokratien isolieren würde.

Deutschland ist in den letzten Jahren mehr als einmal zu mehr „Führung“ in Europa aufgefordert worden. Besonders eindringlich tat das am 28. November 2011 der polnische Außenminister Radosław Sikorski in einer in Berlin gehaltenen Rede. Er bezeichnete Deutschland als „unentbehrliche Nation“ in Europa und bekannte, als Pole fürchte er deutsche Untätigkeit noch mehr als deutsche Macht²². Der britische „Economist“ sprach im Juni 2013, einen von dem Politologen William E. Paterson geprägten Begriff zitierend, von Deutschland als „Europe’s Reluctant Hegemon“. Die Verfasserin des Artikels, Zanny Minton Beddoes, verwies auf den wirtschaftlichen Abstand zwischen Deutschland und Frankreich, der größer sei als je zuvor, und auf das Pariser Reformdefizit, um anschlie-

²⁰ Vgl. Winkler, Weg, Bd. 2, S. 629f.

²¹ Vgl. ebenda, S. 630.

²² Radosław Sikorski, Polen und die Zukunft der Europäischen Union. Berliner Europa-Rede vom 28. 11. 2011, in: Die Welt vom 29. 11. 2011.

Bend pointiert festzustellen: „In Peking und Washington ist die Frage ‚Wohin geht Europa?‘ gleichbedeutend mit der Frage ‚Was wollen die Deutschen?‘“²³

Der Begriff der „Hegemonie“ passt weder zur Idee noch zur Wirklichkeit des Staatenverbundes Europäische Union. Das gilt auch für die Hegemonie eines auf Grund seiner Vergangenheit „verwundbaren Hegemons“, als welchen Herfried Münkler das gegenwärtige Deutschland unlängst bezeichnet hat (ein wenig glücklicher Begriff, wenn man bedenkt, dass der zunehmend selbstkritische Umgang mit seiner Geschichte Deutschland nach innen und außen gestärkt und nicht geschwächt hat)²⁴. Jeder Versuch Deutschlands, den anderen Mitgliedstaaten seinen Willen aufzuzwingen, wäre zum Scheitern verurteilt und würde die Gemeinschaft zerstören. Anders zu bewerten ist der Vorschlag, an den Begriff der „halbhegemonialen Stellung“ anzuknüpfen, mit dem der Historiker Ludwig Dehio 1951 die Position des Bismarckreiches im damaligen Europa charakterisiert hat²⁵. Im Anschluss an Dominik Geppert hat der Forschungsdirektor des European Council on Foreign Relations in London, Hans Kundnani, in seinem im Herbst 2014 erschienenen Buch „The Paradox of German Power“ diesen Begriff auf das wiedervereinigte Deutschland angewandt – ein Land, das wie das Kaiserreich von 1871 in seiner Mittellage für eine „balance of power“ zu mächtig sei, aber nicht mächtig genug, um Hegemonie auszuüben²⁶.

Kundnani spricht von einer geo-ökonomischen Halbhegemonie Deutschlands, ja von einer Rückkehr der deutschen Frage in geo-ökonomischer Form. Die deutsche Macht der Gegenwart sei durch eine seltsame Mischung von wirtschaftlicher Macht und militärischer Abstinenz gekennzeichnet. Deutschland trete in Europa zunehmend dominant (assertive) auf, beschränke sich außerhalb Europas aber darauf, seine Wirtschaftsinteressen zu verfolgen – und das meist ohne Rücksicht auf normative Erwägungen wie Achtung oder Nichtachtung von Menschenrechten²⁷.

Im Hinblick auf die Europäische Union spricht vieles gegen die These von der neuen deutschen Frage. Die Probleme Frankreichs, Italiens, Spaniens, Portugals oder Griechenlands, das in fast jeder Hinsicht ein Sonderfall ist, bei der Durchführung überfälliger Strukturreformen haben ihre tiefere Ursache in der jeweiligen nationalen und nicht in der deutschen Politik. Diese Probleme verweisen vielmehr darauf, dass die europäische Frage weiterhin in dem Sinne offen ist, dass

²³ Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 4: Die Zeit der Gegenwart, München 2015, S. 435 f., Zitat S. 436.

²⁴ Vgl. Herfried Münkler, *Macht in der Mitte. Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa*, Hamburg 2015, S. 174 ff.

²⁵ Ludwig Dehio, *Deutschland und die Epoche der Weltkriege (1951)*, in: Ders., *Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert*, München, S. 9–36, hier S. 15.

²⁶ Vgl. Hans Kundnani, *The Paradox of German Power*, London 2014, S. 8, S. 14 f. u. S. 107; Dominik Geppert, *Ein Europa, das es nicht gibt. Die fatale Sprengkraft des Euro*, Berlin 2013, S. 123.

²⁷ Vgl. Kundnani, *Paradox*, S. 100 ff. Den Begriff „geo-economics“ übernimmt Kundnani von Edward Luttwak, *From Geopolitics to Geo-economics*, in: *The National Interest*, Summer 1990, S. 17–24.

die Weiterentwicklung der Währungsunion zur Fiskalunion seit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009 trotz Europäischem Stabilitätsmechanismus, Fiskalpakt und Bankenunion nur unzureichend vorangeschritten ist, von der fehlenden Vollendung der Politischen Union ganz zu schweigen.

Ohne einen belastbaren deutsch-französischen, besser deutsch-französisch-italienischen Reformkonsens, der auf die Verbindung von Wirtschaftswachstum mit ökonomischen und sozialen Strukturreformen zielt, sind Fortschritte im Integrationsprozess nicht zu erwarten. Ob dieser Konsens zustande kommt, hängt nicht nur und nicht einmal vorrangig von Deutschland ab. Solange der Vertrag von Lissabon gilt, dürfte die intergouvernementale Zusammenarbeit, in den vergemeinschafteten wie in den nicht vergemeinschafteten Bereichen der Politik, die wichtigste Ebene der Europapolitik bleiben. Was die Eurozone angeht, liegt eine weitere Prognose nahe: Der Zwang zur Einigung zwischen den Mitgliedstaaten wird nachlassen, wenn die Europäische Zentralbank fortfährt, reformpolitische Versäumnisse einzelner Regierungen durch eine expansive Geldpolitik zu kompensieren. Die EZB ist auf deutsches Drängen hin dem Vorbild der Deutschen Bundesbank nachgebildet worden. Die Art und Weise, wie die Europäische Zentralbank ihre Unabhängigkeit nutzt, widerspricht aber deutschen Vorstellungen häufig diametral – ganz so, als sei es die Absicht der EZB, die These von der deutschen Hegemonie ad absurdum zu führen.

Die These von der Rückkehr der deutschen Frage erledigt sich aber auch nicht durch den Hinweis auf die anhaltende Offenheit der europäischen Frage. Kundnani zitiert Bekenntnisse zu einem besonderen „deutschen Weg“ unter der rot-grünen Bundesregierung am Vorabend des Irakkrieges von 2003 und, mit deutlich größerer Plausibilität, die zahlreichen Beschwörungen deutsch-russischer Sonderbeziehungen während der Krise um die Ukraine im Jahr 2014²⁸. Äußerungen, die auf eine Art von deutscher Äquidistanz zu Russland und den Vereinigten Staaten und auf eine deutsche Vermittlerrolle zwischen dem Westen und der Russischen Föderation abzielten, waren während der Ost-West-Konfrontation von 2014 in der Tat so wenig zu überhören, dass bei den ostmitteleuropäischen Mitgliedern der EU und der NATO zeitweilig Zweifel aufkamen, ob die deutschen Bekenntnisse zur „Westbindung“ innenpolitisch so unumstritten waren, wie man lange gemeint hatte. Gegen die offizielle Berliner Politik aber ließ sich der Vorwurf der Zweideutigkeit nicht erheben: Sie richtet sich nach wie vor an dem Imperativ aus, dass die EU und die NATO gegenüber dem Russland Putins geschlossen auftreten müssen. Von einer „neuen deutschen Frage“ zu sprechen, bietet also auch die deutsche Russlandpolitik keinen Anlass.

Ein Vierteljahrhundert nach der Epochenwende von 1989/90 muss sich der Westen zumindest vorläufig von der Hoffnung verabschieden, dass sich über kurz oder lang zwischen Vancouver und Wladiwostok ein trikontinentaler Friedensraum auf der Grundlage der Demokratie herausbilden werde. Was bleibt, ist die Überwindung der Ordnung von Jalta, der Spaltung des alten Okzidents in einen freien und einen unfreien Teil. Um diese Errungenschaft zu bewahren, muss die

²⁸ Kundnani, Paradox, S. 56 ff. u. S. 114.

EU sich mehr denn je bemühen, in außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit *einer* Stimme zu sprechen.

Denn nicht nur die Ukrainekrise, auch die Globalisierung des islamistischen Terrors und die teilweise dadurch ausgelösten Flüchtlingsströme nach Europa zeigen, wie dringlich die verstärkte Zusammenarbeit der Europäer gerade auf diesem Gebiet ist. Die weltpolitischen Krisen häufen sich zu einem Zeitpunkt, wo der Zusammenhalt der Europäischen Union so gefährdet ist wie noch nie. Die Schuldenkrise hat die zentrifugalen Kräfte innerhalb der EU verstärkt, und es gibt externe Interessenten ihrer Schwächung, obenan das Russland Putins. Die aktuellen Differenzen um die Verteilung von Asylsuchenden und Flüchtlingen drohen die moralische Glaubwürdigkeit der Europäischen Union zu erschüttern: Sie stellen ihren Anspruch in Frage, eine Wertegemeinschaft zu sein. Von allen Herausforderungen, vor die sich die EU gestellt sieht, ist dies die größte: In einer immer komplexer und unübersichtlich gewordenen Welt muss sie ihre Fähigkeit beweisen, nach außen geschlossen aufzutreten. Nur wenn ihr das gelingt, hat das supranationale Projekt Europa noch eine Chance.